



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59

P/VIII/84 - 11.4.1953 Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Das politische Ergebnis des Kanzlerbesuchs	S. 1
Kurzbericht aus Jugoslawien	S. 3
Sowjetische Verhandlungstechnik (Buchbesprechung)	S. 4

Das Fazit

P.R. Noch etwa fünf Tage lang werden wir genau über die Etappen der Reise des Bundeskanzlers durch die Vereinigten Staaten unterrichtet werden. Aber, wie ganz am Beginn, wird das Feuilleton überwiegen. Der politische Höhepunkt der Fahrt ist überschritten.

Es soll nicht bestritten werden, dass Dr. Adenauer in Washington einen grossen persönlichen Erfolg errungen hat. Das hängt natürlich engstens damit zusammen, dass er das für richtig hält, was die Regierung in Washington auch ihrerseits als den allein gangbaren Weg bezeichnet. "Le Monde" sagte dasselbe etwas gröber mit den Worten, der Kanzler habe von allen Staatsmännern, die bisher in Washington offiziell defilierten, den grössten Erfolg einheimen können, da er seinen Gastgebern sagte, was sie zu hören wünschten. Nun kann man sagen, dass daraus zum guten Teil nur die französische Verärgerung darüber spricht, wie weit Adenauer angeblich im State Department seinen französischen Kollegen den Rang abgelaufen hat.

Davon abgesehen, dass solche Wertmaßstäbe unvernünftig sind, sind sie in diesem Fall auch falsch angewandt. In der Saarfrage zum Beispiel findet sich ein einziger Satz: "Das Saarproblem

11. April 1953

wurde erörtert und es wurde Übereinkommen erzielt, dass im allgemeinen Interesse eine baldige Lösung gesucht werden müsse". Selbst eine Zeitung wie "Die Welt", der es doch gewiss nicht an Verständnis für die Politik Adenauers mangelt, nennt das einen "beinahe blamablen Gemeinplatz". Alles, was darüber hinausgeht, sind einseitige Meinungsäußerungen Adenauers, wie die Forderung nach freien Wahlen, von der er nach der ganzen internationalen Situation wissen muss, dass sie für absehbare Zeit unreal ist. Der Berner "Bund" schreibt hierzu ahnungsvoll, diese ausweichende Formulierung im Kommuniqué lasse darauf schliessen, dass Adenauer mehr zugestanden habe, als er zugeben will. Vor allem von der Klärung dieses Punktes aber werde in Deutschland die Bewertung seiner Amerikareise abhängen. Und die "Basler Nachrichten" sprechen von der Scheu innerhalb der Regierungskoalition, unmittelbar vor den Wahlen in eine Saarregelung zu willigen, wie Frankreich sie allein zugestehen will.

Auch die Stimmen recht zuverlässiger Anhänger des Kanzlers in der deutschen Publizistik betonen durchweg, wie sehr das politische Ergebnis von Washington im "Atmosphärischen", im "Moralischen" liege. Man weiss, dass Hinweise dieser Art bei solchen Gelegenheiten fast immer dem Zweck dienen, konkrete Mängel zu verdecken. Das gemeinsame deutsch-amerikanische Kommuniqué ist in dieser Hinsicht aufschlussreich. Ein Handelsvertrag wird angestrebt, "Interesse" an einer Herabsetzung der Zoll- und Tarifschranken "wird zum Ausdruck gebracht", künftige Fortschritte in der Frage der Rückgabe deutscher Warenzeichen sollen von den USA wohlwollend erwogen werden, der Lage der neuen Flüchtlinge aus der Sowjetzone werde bei der Vorbereitung des Programmes für die gemeinsame Sicherheit "besonderer Aufmerksamkeit gewidmet werden" usw. Mehrfach kehrt im Nachsatz zu solchen Feststellungen die Wendung wieder, "sobald der Vertrag über die europäische Gemeinschaft in Kraft getreten ist". Der Prämienscharakter der Zusagen wird dadurch besonders deutlich. Unterzeichnet wurde lediglich ein Kulturaustauschabkommen.

Natürlich standen alle Verhandlungen ganz stark im Schatten der Ungewissheit über Motive und Absichten der Sowjets seit ihrem Kurswechsel. In der westlichen Welt ist man sich, mit geringen Ausnahmen, darüber einig, dass Wechsamkeit und Stärke (wobei die Form und Etablierung dieser Stärke in Europa nach wie vor sehr umstritten ist) mit dem Willen gepaart sein müssen, zu einer Beendigung des Kalten Krieges mit den Sowjets zu kommen. Unerfreulich war deshalb, dass der Kanzler in dieser Frage die Akzente überdeutlich auf die Komponente der Stärke gelegt hat und den anderen Teil des Programms, die Verhandlungsbereitschaft, sichtbar vernachlässigte, obschon er die Bedingungen dafür klar herausstellte. Sicher hätten viele Menschen in Deutschland von ihm gern ein Wort ähnlich dem gehört, dass der Konservative Elliot im deutsch-englischen Gespräch von Königswinter fand: "Der Eiserner Vorhang ist kein unübersteigbares Gebirge, kein unpassierbarer Fluss. Er ist von Menschen geschaffen worden, und kann auch durch Menschen wieder beseitigt werden."

Nimmt man alles in allem, so entspricht die Herzlichkeit der Aufnahme des Kanzlers auf der anderen Seite des Ozeans nur genau dem Wert, den seine Politik nach der massgebenden Meinung der Männer in Washington für ihre eigenen politischen Ansichten hat.

Staatskredite für die Genossenschaften

Wir entnehmen dem Informationsdienst
Jugopress, Belgrad, folgende Hinweise:

In den sechs Jahren von 1947 bis Anfang 1953 gewährte die Jugoslawische Nationalbank den allgemeinen landwirtschaftlichen Genossenschaften und den bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften Kredite in einer Gesamthöhe von über 90 Millioarden Dinar. Auch dies war eine Form der staatlichen Unterstützung zur Förderung des Genossenschaftswesens, das kurzfristige Kredite für laufende Arbeiten und langfristige für Investitionen und die Durchführung umfangreicherer landwirtschaftlicher Arbeitsvorhaben erhielt.

Nach amtlichen Unterlagen verteilen sich diese Kredite wie folgt:

<u>Jahr</u>	<u>kurzfristig</u>	<u>langfristig</u>
1947	3.700.539	126.705
1948	3.845.231	1.590.296
1949	8.859.376	4.138.423
1950	8.706.854	7.258.434
1951	17.636.150	4.224.662
1952	22.227.213	8.703.470

Diese Dinarbeträge wurden den Genossenschaften und ihren Organisationen als Kredite zur Verfügung gestellt. Ein Teil dieser Summen wurde jedoch nicht in Anspruch genommen, da die Genossenschaften nicht immer in der Lage waren, die geplanten Vorhaben auszuführen.

Bis 1951 war Grundvoraussetzung für die Gewährung eines Staatskredits, dass die Genossenschaft fähig war, ein gewisses Arbeitsvorhaben auszuführen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften erhielten ihre Kredite vor allem, um Geschäfte aufgrund ihrer Absatzpläne abzuwickeln, während die bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften Kredite auf ihre Marktüberschüsse oder nur zur Durchführung ihrer eigenen Vorhaben, z.B. Einrichtung einer Schweinemaschine, erhielten. Besonders langfristige Kredite gewährte der Staat den bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften vor allem für Kapitalinvestitionen und zur wirtschaftlichen Stärkung der Genossenschaften.

Mit der wachsenden Unabhängigkeit der Wirtschaftsorganisationen geht man seit 1951 schrittweise zu einem neuen Kreditsystem für die Genossenschaften über. Hierbei wird der reale Kreditbedarf der Genossenschaft neben der garantierten Kreditfähigkeit der betreffenden Genossenschaft als Ausgangspunkt genommen. Das starke Anwachsen in den letzten zwei Jahren ist vor allem auf den Übergang zum System der freien Preise und die erweiterte Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften zurückzuführen.

Russische Verhandlungstaktik

c. Nur über Verhandlungen mit der Sowjetunion ist die Beendigung des Kalten Krieges und ist die deutsche Wiedervereinigung in Frieden möglich. Diese Binsenwahrheit muss gerade in der Bundesrepublik immer wieder denen gesagt werden, die in der Illusion leben, dass militärische Stärke allein zu Lösungen führen wird. Die Gefährlichkeit dieser Illusion ist auch ein Fazit der Erfahrungen aus den bisherigen Verhandlungen des Westens mit der Sowjetunion, über die in dem Buch "Mit den Russen am Verhandlungstisch" von elf Amerikanern berichtet wird. (Nest-Verlag, Nürnberg, herausgegeben von Raymond Dennet und Joseph E. Johnson, Originaltitel "Negotiating with the Russians", Beiträge von elf Amerikanern, die in den Jahren 1940 bis 1950 führend an Verhandlungen mit der Sowjetunion beteiligt waren, 377 S.; € 17,80).

Für die Deutschen, deren Einheit und Existenz von künftigen Verhandlungen mit Moskau abhängt, ist es nicht nur ein gutes und interessantes Buch, sondern vor allem eine dokumentarische Aufklärung über die Methoden sowjetrussischer Verhandlungsführung. Diese Aufklärung bestätigt, dass es auch auf dem Verhandlungswege zwar keine schnellen und einfachen Lösungen mit den Sowjets gibt, aber dass Vereinbarungen möglich sind. Sie bestätigt ferner, dass in der Frage der deutschen Wiedervereinigung kein Abkommen mit dem Krcml denkbar ist, in dem Moskau für eine Konzession keine Gegenleistung erhält oder mit dem auf die eine oder andere Weise dem Krcml eine politische Kapitulation abverlangt wird.

Die Berichte der elf Amerikaner zeigen deutlich, wie schwierig Verhandlungen mit den Russen selbst dann sind, wenn die Partner Verbündete sind und ein gemeinsames Ziel verfolgen. Misstrauen, Unberechenbarkeit, endlose Wiederholungen, häufig wechselnde Taktik, Zähigkeit und die über allem stehende Abhängigkeit der Unterhändler von den Moskauer Regierungset ller sind typische Kennzeichen. Man kann diese Technik verurteilen oder feststellen, dass sie im Widerspruch zu den Formen westlicher Demokratie steht, letztlich - wenn man in Verhandlungen mit dem Moskau von 1953 Erfolg haben will - wird man sich mit dieser Technik abfinden und sich auf sie einstellen müssen.

Je mehr der Westen und besonders Deutschland von dieser Verhandlungstechnik wissen, umso grösser ist die Chance, zu Vereinbarungen mit den Sowjets zu kommen. Dass solche Verhandlungen schwierig und langwierig sein und nicht ohne Rückschläge verlaufen werden, ändert daran nicht

Aber was wiegen diese Belastungen gegenüber der Vernichtung durch einen Krieg, der früher oder später unvermeidlich würde, wenn der Westen nicht bereit wäre, den Weg der Verhandlungen zu gehen, sobald Moskau seine Bereitschaft für diesen Weg eindeutig bewiesen hat. Wir glauben, ein Buch, das solche Einsichten unterstreicht, sollte nicht nur von den Mitgliedern der Bundesregierung sorgfältig gelesen werden, sondern es verdient der Beachtung der ganzen Bevölkerung.

Um einige konkrete Beispiele anzuführen: Der frühere General Deane, der 1944 mit den Russen Fragen der militärischen Zusammenarbeit zu verhandeln hatte, kommt u.a. zu dem Ergebnis: je höher die Ebene der Verhandlung, umso grösser die Erfolgsaussichten. "Vereinbarungen mit der Sowjetunion", so schliesst Deane seinen Bericht, "sollten stets auf der Basis der Gegenleistung abgeschlossen werden, wobei Leistung und Gegenleistung gleichzeitig laufen müssen". Aus dem von John N. Hazard gegebenen Bericht über die Leih- und Pachtverhandlungen mit den Sowjets geht hervor, wie erschwerend das russische Misstrauen gegenüber dem Westen selbst die Verhandlungen machte, bei denen die USA nur gaben und die UdSSR nur nahm. Die Balkanverhandlungen, die kein Ruhmesblatt für die amerikanische Diplomatie sind, machten vor allem die Wertlosigkeit politischer Rahmenvereinbarungen deutlich. Besonders aufschlussreich ist der Bericht P.E. Moselys über die Verhandlungen von Moskau, Potsdam, London und Paris. In ihm ist die ganze amerikanische Enttäuschung über die schwierige sowjetische Verhandlungstechnik zusammengefasst. Aber auch Mosely kommt zu dem Ergebnis, dass der Westen seine Verhandlungskunst und Technik so ausweiten muss, dass er "die Besonderheit der sowjetischen Verhandlungsweise" in Rechnung stellt. Mit dem Ausbau starker Positionen im Westen müssten Verhandlungen Hand in Hand gehen.

Diese Forderung des amerikanischen Diplomaten, mit der das Buch schliesst, entspricht der deutschen Erwartung gegenüber der amerikanischen Politik. So schwierig Verhandlungen mit den Russen sind, sie sind notwendig und darum müssen sie gesucht werden.

+ + +